

29.04.2017

11:22 Uhr

ETHIK DER MIGRATION

„Ich muss keinen Obdachlosen aufnehmen“

Von: Ferdinand Knauß

INTERVIEW Der Philosoph Julian Nida-Rümelin kritisiert eine Politik der unbegrenzten Einwanderung. Ein grenzenloser, entfesselter Markt sei eine anarchistische Idee - und unterminiere am Ende auch wirtschaftlichen Erfolg.



Julian Nida-Rümelin begründet den Sinn von gesicherten Staatsgrenzen.

WirtschaftsWoche: Herr Nida-Rümelin, Sie entwickeln in Ihrem neuen Buch eine „Ethik der Migration“. Wie fällt Ihr Urteil über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung seit 2015 aus?

Nida-Rümelin: Der Impuls, ein paar Tausend syrischen Flüchtlingen in Ungarn zu helfen, ist absolut nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist, dass daraus eine Politik der offenen Grenzen folgen sollte. Die Kanzlerin tat zumindest nichts, um diesen Eindruck zu korrigieren. In der Folge entstand ein Pull-Effekt: Viele Leute machten sich auf, die das eigentlich gar nicht vorhatten. Wenn das über zwei Jahre weitergegangen wäre, hätte es eine deutliche Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung ergeben. Darüber hätte der Bundestag entscheiden müssen. Und wenn man das Dublin-Verfahren außer Kraft setzt, ist das eine grundlegende Veränderung der EU-Politik, das darf ein Staat nicht einseitig dekretieren.

Grenzen sind für viele Menschen nur noch zum Einreißen da. Nun wollen Sie das Image der Staatsgrenze retten.

Die Rolle von Staatsgrenzen muss man im historischen Zusammenhang sehen. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, den ich in seinen Kernaussagen unterstütze, machte ein sympathisches Versprechen: Gebt Freiheit, reißt die feudalen Strukturen ein, baut Grenzen ab, dann gedeiht die Wirtschaft, und die Welt verbessert sich. Aber der Liberalismus ist übers Ziel hinausgeschossen.

Inwiefern?

Die wirtschaftliche Dynamik seit Anfang des 19. Jahrhunderts hängt zwar mit der Beseitigung überkommener Strukturen zusammen, etwa mit der Aufhebung des Zunftwesens. Aber wir kennen auch die Kosten: Verelendung in den Städten, etwa durch die Auflösung gewachsener Solidargemeinschaften. Der moderne Staat reagierte, indem er neue Strukturen schuf: Bismarcks Reichsversicherungsordnung zum Beispiel. So etwas erfordert politische Gestaltungskraft.

Und die hat sich verflüchtigt?

Der derzeitige Nationalismus ist eine Reaktion auf das Gefühl des Kontrollverlusts. „Take over control again“ war ein Spruch der Brexit-Befürworter. Darin steckt eine zentrale Frage der nächsten Jahrzehnte: Welche Rolle spielt die Staatlichkeit, und welche Rolle spielen Grenzen für diese? Ist politische Gestaltungskraft vereinbar mit einem grenzenlosen, entfesselten, globalen Arbeitsmarkt? Ich bin da skeptisch.

Zur Person

Julian Nida-Rümelin 

Julian Nida-Rümelin, 62, war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder und ist seit 2004 Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians- Universität in München.

Die meisten Ökonomen sind migrationsfreundlich und versprechen Nutzen für alle. Liegen sie falsch?

Sie übersehen, dass diese Vorteile nur auftreten in einer Welt, die noch Grenzen hat und in der die Wanderungsbewegungen überschaubar bleiben. Die traditionellen Einwanderungsländer – USA, Australien, Kanada – haben nicht erst seit Trump geschlossene Grenzen. Auch Obama nahm nur wenige syrische Flüchtlinge auf. Mit offenen Grenzen würden wir eine unüberschaubare Dynamik in Gang setzen, weil erfolgreiche Einwanderung in wohlhabende Gegenden ein Beweggrund für andere ist nachzuziehen. „No borders“ würde die Staaten bestrafen, die besonders günstige sozialstaatliche Bedingungen bieten. Es ist kein Zufall, dass Deutschland, Österreich und Schweden 2015 die Hauptziele waren.

Die Forderung nach einer grenzenlosen Welt wird von einem Bündnis aus linken Idealisten und Wirtschaftsinteressen getragen – ohne dass beide sich dieses Bündnisses bewusst sind.

Man kann es polemisch zuspitzen: Den Libertären, die ganz auf den freien Markt setzen, ist nicht klar, dass das im Kern eine anarchistische Idee ist. Fernando Pessoa hat das in seiner Erzählung „Ein anarchistischer Bankier“ vorgeführt. Die Linken merken nicht, dass sie markt-radikal argumentieren. Beide Seiten ignorieren: Optimierung funktioniert immer nur innerhalb von verlässlichen Strukturen. Wenn sie alle Regeln sprengt, unterminiert das am Ende den wirtschaftlichen Erfolg.

Das Weltelend nicht in Deutschland bekämpfen

Steht hinter beiden Ideologien ein falsches Bild vom Menschen?

Wir bewegen uns als Menschen immer zwischen den Polen Bindung und Selbstwirksamkeit. Schon kleine Kinder versuchen, ihre Ziele durchzusetzen. Andererseits fragt mein dreijähriger Sohn: Wer passt auf mich auf? Er weiß, dass er Bindung braucht. Das muss in der Balance bleiben. In der Tiefendimension der Debatte um Grenzen geht es um unsere Bindungen, unsere Verpflichtungen. Zum Beispiel als Eltern gegenüber unseren Kindern – nicht gegenüber allen Kindern gleichermaßen. Ich habe auch Pflichten gegenüber mir selbst, die nicht dieselben sind wie die gegenüber anderen. Das dürfen wir auch auf der politischen Ebene nicht missachten.

In Ihrem Buch veranschaulichen Sie das anhand eines Obdachlosen, der sich Zutritt zu Ihrer Wohnung verschafft.

Wenn er nicht wirklich hilfsbedürftig ist, bin ich nicht verpflichtet, den Obdachlosen aufzunehmen. Es ist genauso akzeptabel, zu sagen: Nein. Jedenfalls dann, wenn ihm sonst nicht der Tod droht.

Und darin sehen Sie eine Analogie zur Asylsituation?

Ja, wir sind nicht in der Lage, das Weltelend wirksam durch Aufnahme von Menschen aus den Armutsregionen in Deutschland zu bekämpfen. Abgesehen davon, dass das ineffektiv ist. Die Bundesregierung rechnet mit mindestens 250.000 Euro pro Kopf. Damit könnte man in der Dritten Welt viel mehr bewegen. Menschen, die in ihrer Heimat von zwei Dollar Kaufkraft am Tag leben, haben eher Anspruch auf Hilfe als diejenigen, die es aufgrund ihrer Ressourcen bis hierher schafften.



KNAUSS KONTERT

Die Illusionen der grenzenlosen Welt

In der Forderung nach völlig offenen Grenzen sind sich radikale Linke und Ultraliberale einig. Die einen träumen von weltweiter Solidarität, die anderen von der totalen Effizienz. Beides sind fatale Illusionen.

Gibt es ein moralisches Recht von Gesellschaften, sich gegen andere abzuschotten?

Jeder Staat darf über die Aufnahme von Menschen selbst entscheiden, sofern er seine völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt, die sich etwa aus der Genfer Flüchtlingskonvention ergeben. Einen vorübergehenden Einreisestopp für Länder, in denen die Terrorgefahren besonders hoch sind, halte ich nicht von vorneherein für unzulässig. Das aufnehmende Land hat das Recht, Kriterien festzulegen. Die sollten nicht ressentimentgesteuert sein, sondern sich an ökonomischen Vorteilen und

globalen humanitären Pflichten orientieren. Nationale Interessen sind auch in Einwanderungsfragen moralisch zu rechtfertigen. Als Kosmopolit ist mir aber wichtig, dass Fragen der internationalen Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass ein reiches Land sagt, wir wollen Fachkräfte aufnehmen, egal, woher. Es ist zynisch, wenn afrikanische Länder Krankenschwestern ausbilden und wir die dann zu großen Teilen abziehen.

Die Kanzlerin rechtfertigte ihre Politik damit, dass im 21. Jahrhundert Grenzen nicht mehr gesichert werden können.

Es passt nicht zusammen, wenn man behauptet, dass einerseits Staatsgrenzen nicht mehr gesichert werden können, andererseits aber die EU-Außengrenzen gesichert werden sollen. Die Schließung der Balkanroute, teilweise mit Stacheldraht, hat die Kanzlerschaft Merkels gerettet. Das zu bestreiten wäre in der Tat „postfaktisch“. Aber eine funktionierende öffentliche Verwaltung sichert in der Regel auch ohne Stacheldraht staatliche Grenzen. Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss Deutschland wieder verlassen.

KNAUSS KONTERT

Die Illusionen der grenzenlosen Welt

Von: Ferdinand Knauß

In der Forderung nach völlig offenen Grenzen sind sich radikale Linke und Ultraliberale einig. Die einen träumen von weltweiter Solidarität, die anderen von der totalen Effizienz. Beides sind fatale Illusionen.



Demonstration für zwei Ziele, die nicht zusammen zu haben sind: Offene Grenzen und Solidarität.

Seltsam ruhig sind sie geworden, die Stimmen, die 2015 überschwänglich ein „neues Wirtschaftswunder“ (Dieter Zetsche) in Aussicht stellten – angetrieben durch die demonstrative Öffnung Deutschlands für Zuwanderer. Beispielhaft war ein Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung mit dem Titel „Roter Teppich für Migranten“, in dem, pünktlich zu Angela Merkels Entscheidung Anfang September 2015, die grenzenlose Migrationsfreiheit als „Win-Win-Win-Situation“ erklärt wurde. Alle profitierten von der Abschaffung der Migrationshindernisse, so die durch Ökonomie-Lehrbücher untermauerte These der Autoren Ralph Bollmann und Lena Schipper, die Aufnehmenden, die Zuwandernden und die in den Herkunftsländern Zurückgebliebenen. Eine Traum-Konstellation! Zumal es auch noch „moralisch geboten“ sei, „Einwanderer mit offenen Armen willkommen“ zu heißen.

In der Freude über den – zumindest schien es damals so - Aufbruch in eine grenzenlose Welt der Migration offenbarte sich ein Pärchen von Geistesverwandten: Ganz offensichtlich stehen marktradikale Ökonomen und Konzernlenker wie Dieter Zetsche einerseits und die No-Borders-Linke andererseits in der vielleicht wichtigsten politischen Frage der Gegenwart auf einer Seite. Sie scheinen vereint in ihrem Traum von einer grenzenlosen völlig migrationsoffenen Welt.

Der Witz ist, dass sie sich gegenseitig entweder ignorieren oder sogar zu bekämpfen glauben, sich jedenfalls ihrer politischen Übereinstimmung überhaupt nicht bewusst sind. Noch immer gefällt sich das Gros der Linken und allen voran die so genannte „Antifa“ in der Beschwörung der altkommunistischen Legende von der Identität von Kapitalismus und Nationalismus. Noch immer glaubt man offenbar, man bekämpfe den Kapitalismus am wirkungsvollsten, indem man den (National)Staat und seine Grenzhöhe unterminiere und Einwanderer willkommen heiße. Ganz offensichtlich spukt noch immer die Idee eines gewissen Leo Trotzki in manchem linken Kopf herum: Revolution nicht in einem Land, sondern in der ganzen, grenzenlosen Welt.

Bis weit hinein in die Sozial- und Geisteswissenschaften sind solche Konzepte verbreitet. Ein aktuelles Beispiel liefern Ulrich Brand und Markus Wissen mit ihrem demnächst erscheinenden Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“. Demnach beuten die Staaten und Gesellschaften des „globalen Nordens“ diejenigen des „globalen Südens“ aus, indem sie die sozial-ökologischen Kosten ihres imperialen Lebens dort abluden. Die Migrationsbewegungen nach Norden seien als Gegenwehr des Südens zu begreifen, auf die wiederum „die kapitalistischen Zentren“ mit einer „autoritären Politik der Abschottung und Ausgrenzung“ reagierten. Dass die Tonangebenden in jenen „kapitalistischen Zentren“ nicht weniger gegen „Abschottung“ sind als sie selbst, haben Brand und Wissen offenbar noch nicht mitbekommen.

Die Alternative, die Brand und Wissen in Aussicht stellen, ist: eine „solidarische Lebensweise“ in einer (vom Nationalstaat und seinen Begrenzungen befreiten) „demokratischen, sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft im globalen Maßstab“. Die Schritte dahin: „Solidarität mit Geflüchteten sowie die Kämpfe um Ernährungssouveränität, Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie“. Ein weltumspannender Wunschtraum also, in dem die überkommenen Gesellschaften und die Staaten, in denen sie sich bislang organisieren, also die Strukturen, die Ordnung, aber auch Macht mit sich bringen, keine Rolle mehr spielen sollen. Man könnte es auch einfach Anarchie nennen – wenn der Begriff nicht so sehr nach Bombenlegern und so wenig nach ökologisch nachhaltiger Ernährung klänge.

Ein anarchischer Kern ist aber nicht nur auf der linken Seite des Anti-Grenzen-Bündnisses auszumachen. Der Dichter Fernando Pessoa – ein hauptberuflicher Kaufmann - hat in seiner Erzählung „Ein anarchistischer Bankier“ einen Menschen vorgestellt, der sein anarchisches Ideal der totalen Freiheit konsequent verwirklicht. Er wird nicht trotzdem, sondern gerade deswegen vom armen Arbeiter zum steinreichen Bankier, indem er sich als praktizierender Anarchist über alle gesellschaftlichen Konventionen, alle vom Menschen geschaffenen Einrichtungen hinwegsetzt, die die Freiheit des Einzelnen beschränken - "angefangen von der Familie bis hin zum Geld, von der Religion bis zum Staat". Weil er natürlich alleine diese gesellschaftlichen Fiktionen nicht abschaffen konnte, beschränkte er sich darauf, sie für sich persönlich unwirksam zu machen: vor allem die entscheidendste gesellschaftliche Schöpfung, das Geld. Also beschloss er, davon als Händler und Bankier so viel wie möglich anzuhäufen. Die Bombenleger seien „nur in der Theorie Anarchisten, ich bin es in der Theorie und in der Praxis. Die da sind Anarchisten und Dummköpfe, ich bin Anarchist und gescheit. Darum, mein Guter, bin ich der wahre Anarchist.“

Pessoas Büchlein von 1922 wäre eine erkenntnisreiche Lektüre für marktradikale Libertäre und Träumer der Weltsolidarität gleichermaßen. Sein Buch ist ein Ruf zur Mäßigung gegenüber jenen Radikalen unterschiedlicher Couleur, seien sie radikal kapitalistisch oder radikal antikapitalistisch, die die unverzichtbare Rolle von gewachsenen Strukturen fürs das private Leben, für das politische Leben, für jede soziale Ordnung insgesamt ignorieren. Diese Strukturen, zu denen nicht zuletzt Staatsgrenzen und Staatsangehörigkeiten gehören, bringen natürlich auch ungleiche Lebenschancen und Machtverhältnisse mit sich.

Der Elefant im Raum

Aber diese begrenzenden Strukturen deswegen ganz und gar zu sprengen, dürfte weder zu einem grenzenlosen Weltreich der gelebten Solidarität und Gerechtigkeit führen, von dem linke Grenzüberwinder träumen, noch zum Ideal einer grenzenlos effizienten und von keiner sozialen Rücksicht gebremsten Weltmarktordnung, auf die radikalliberale Ökonomen und Unternehmenslenker spekulieren. Beide beruhen auf Illusionen, weil beide die Bedeutung eben dieser historisch gewachsenen Strukturen unterschätzen.

Entgegen mancher Vorurteile ist jeder funktionierende Markt auf verlässliche staatliche Strukturen angewiesen. Auch Pessoa's anarchistischer Bankier konnte nur reich werden, weil es diese Strukturen gab, von denen er sich selbst (und nicht alle anderen!) befreien wollte. Und zu diesen Strukturen gehört nicht zuletzt die begrenzende Kontrolle über den Zuzug von Ausländern, das heißt den Zugang von Außenstehenden zum Arbeitsmarkt und zur Solidargemeinschaft. Denn in einem konsequent grenz- und staatenlosen Raum herrscht - das zeigt die Weltgeschichte nun wirklich deutlich genug - nicht das Ordnungsprinzip von Angebot und Nachfrage, sondern das der stärksten Faust.

Ebenso wie ein funktionierender Markt kann auch Solidarität, die nicht nur eine idealistische Phrase sein soll, sondern eine Kombination von Rechten und Pflichten, nur im Rahmen von vertrauenswürdigen, also kulturell verwurzelten Institutionen stattfinden. Und diese können nur begrenzte Menschengruppen umfassen, die dieses Vertrauen in einem langen historischen Prozess entwickelt haben. Denn die Möglichkeiten und die Bereitschaft der Mitglieder zum Geben muss mit den Bedürfnissen der Empfänger im Gleichgewicht stehen. Der Nationalstaat als Sozialstaat ist so eine

Solidargemeinschaft. Die Misserfolgsgeschichte der Europäischen Union zeigt, wie zerbrechlich und konfliktanfällig die Konstruktion einer darüber hinaus gehenden Solidargemeinschaft ist, wenn Ansprüche der Empfänger und Unterstützungsbereitschaft der Geber verschieden sind. Die gesamte Menschheit ist jedenfalls auf absehbare Zeit keine vertrauenswürdige Solidargemeinschaft.



EUROPAS ZUKUNFT

GASTBEITRAG **Das Ende des Nationalstaates überdenken**

Der Nationalstaat gilt bei politischen Eliten als Auslaufmodell und bei Wissenschaftlern als Konstrukt. Tatsächlich könnte die Alternative sehr viel weniger gemütlich werden, als man sich das vorstellt.

Natürlich weiß noch niemand, wie die mittel- und langfristigen Auswirkungen der extrem permissiven deutschen Zuwanderungspraxis auf die ökonomische Dynamik aussehen werden. Doch die Auswirkung der Öffnung des deutschen Sozialstaates für alle, die es irgendwie schaffen deutsches Staatsgebiet zu erreichen, sind anderthalb Jahre nach der Willkommenseuphorie von 2015 offenkundig: Die Zahl der Empfänger von Solidaritätsleistungen steigt sehr viel schneller als die der Geber.

Noch kann die Bundesregierung die extrem gestiegenen Mehrausgaben dank des Booms bewältigen, ohne dass die einheimischen Geber und Empfänger die Folgen der Grenzöffnung unmittelbar finanziell spüren. Doch die Nachricht dieser Woche, dass der gesamte Etatüberschuss des Bundes 2016 in die Rücklage für die noch zu erwartenden Flüchtlingskosten fließen wird, zeigt auf den sprichwörtlichen „Elefanten im Raum“, den sich die Politik in Deutschland zu ignorieren entschlossen hat: Auf mittlere und lange Sicht ist die gleichzeitige Fortexistenz von unbegrenzter Zuwanderung, versorgendem Sozialstaat und sozialer Marktwirtschaft nicht vereinbar.